

[REDACTED]

Rechtsanwaltskammer Berlin  
Der Präsident  
Littenstraße 9  
10179 Berlin

Unser Zeichen: [REDACTED]

[REDACTED]

Berlin, den 28.01.2015

**Antrag zur Tagesordnung der Kammerversammlung der Rechtsanwaltskammer Berlin am 11.03.2015 zur Anerkennung der Tätigkeit von Syndikusanwälten in ihren Unternehmen als anwaltliche Tätigkeit nebst Befreiung der angestellten Rechtsanwälte von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung**

Sehr geehrter Herr Präsident,

das Bundessozialgericht hat am 03.04.2014 drei grundlegende Entscheidungen zum Befreiungsanspruch abhängig beschäftigter Syndikusanwälte von der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung getroffen (Az. B 5 RE 3/14 R, B 5 RE 9/14 R, B 5 RE 13/14 R).

Diese Urteile betreffen nicht nur die Syndikusanwälte, sondern die Anwaltschaft insgesamt. Deshalb wird gebeten, dass sich die nächste Kammerversammlung mit diesen Entscheidungen befasst.

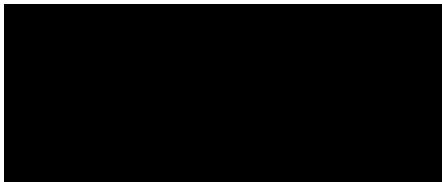
Der Unterzeichner **beantragt** hierzu – **unterstützt** durch die nachfolgend mit unterzeichnenden weiteren Kammermitglieder –, dass

1. das Thema der Anerkennung der Tätigkeit von Syndikusanwälten in ihren Unternehmen als anwaltliche Tätigkeit nebst Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht zum Gegenstand der Tagesordnung der Kammerversammlung am 11.03.2015 gemacht wird, und
2. die Kammerversammlung hierzu folgenden Beschluss fassen möge:  
„Im Interesse der Einheit der Rechtsanwaltschaft werden sich Vorstand und Präsidium bei der BRAK, der Politik und den am Gesetzgebungsprozess und der Gesetzesumsetzung beteiligten Institutionen dafür einsetzen, dass gesetzliche Regelungen – insbesondere auch im Berufsrecht – getroffen werden, welche

- a) anerkennen, dass die Tätigkeit von Syndikusanwälten für ein nicht-anwaltlichen Arbeitgeber auch als anwaltliche Tätigkeit ausgeübt werden kann und Syndikusanwälte, angestellte Kanzleianwälte sowie freiberuflich tätige Rechtsanwälte grundsätzlich – mit ggfs. gebotenen berufsrechtlichen Differenzierungen im Detail – gleich behandelt werden, und die
- b) es ermöglichen, dass weiterhin (bzw. wieder) alle Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit haben, für jedwede Anwaltstätigkeit Beiträge anstatt in die gesetzliche Rentenversicherung in ein anwaltliches Versorgungswerk zu entrichten – d.h. auch wenn sie diese anwaltliche Arbeit bei anwaltlichen oder nicht-anwaltlichen Arbeitgebern in einem Anstellungsverhältnis leisten.

Im Bemühen um derartige Regelungen werden Vorstand und Präsidium insbesondere das Papier „*Neuregelung des Rechts der Syndikusanwälte, Eckpunkte*“ unterstützen (siehe nachstehend Anlage 1), welches das Bundesjustizministerium der Justiz und für Verbraucherschutz am 13.01.2015 der Öffentlichkeit vorgestellt hat.“

Mit freundlichen kollegialen Grüßen



Rechtsanwalt

## Neuregelung des Rechts der Syndikusanwälte Eckpunkte

Anlage 1

Die Bundesrechtsanwaltsordnung soll wie folgt geändert werden:

1. Es soll eine – bisher fehlende – berufsrechtliche Regelung für die **Tätigkeit angestellter Rechtsanwälte** geschaffen werden (vgl. § 58 StBerG).
2. Es wird geregelt, dass der Rechtsanwalt **den Rechtsanwaltsberuf als Angestellter** eines anderen Rechtsanwalts, eines Angehörigen eines sozietätsfähigen Berufs oder einer Berufsausübungsgemeinschaft (§ 59a BRAO) **ausüben darf**.
3. Die Doppelberufstheorie wird aufgegeben. Es wird geregelt, dass der Rechtsanwalt, der den **Rechtsanwaltsberuf** als Angestellter anderer als der in Nummer 2 genannten Personen ausübt, **anwaltschaftlich** tätig ist. Die Rechtsberatungsbefugnis beschränkt sich in diesem Falle auf die **Beratung und Vertretung des Arbeitgebers** des Rechtsanwalts (= Legaldefinition Syndikusanwalt).
4. Die anwaltschaftliche Tätigkeit des Unternehmensjuristen für seinen Arbeitgeber soll **zulassungspflichtig und mit der Pflichtmitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer verbunden** sein. Die Pflichtmitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer ist erforderlich, damit die Befreiungsmöglichkeit von der gesetzlichen Rentenversicherung besteht. Denn nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 SGB VI besteht die Befreiungsmöglichkeit nur für eine Beschäftigung, wegen der kraft gesetzlicher Verpflichtung ein Beschäftigter Mitglied einer berufsständischen Kammer ist.
5. Die Tätigkeit des Rechtsanwalts **kann sich auf die Tätigkeit als Syndikusanwalt beschränken**. Eine – daneben ausgeübte – Tätigkeit als niedergelassener Rechtsanwalt ist zulässig, aber nicht notwendig.
6. Die anwaltschaftliche Tätigkeit des Syndikusanwalts umfasst die **Beratung und Vertretung in allen Rechtsangelegenheiten des Arbeitgebers** (mit Ausnahme der unter den Nummern 10 und 11 genannten). Die Anwendbarkeit des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) wird ausgeschlossen. Erstattungsrechtlich werden Kosten für den Syndikusanwalt so behandelt wie Kosten für sonstige Vertreter des Unternehmens. Die Ab-

grenzung zu nichtanwaltlichen Tätigkeiten erfolgt nach denselben Grundsätzen wie beim niedergelassenen Rechtsanwalt (vgl. § 3 BRAO).

7. **Nichtanwaltliche Tätigkeiten** darf der Syndikusanwalt sowohl innerhalb als auch außerhalb des Syndikus-Anstellungsverhältnisses nach den allgemein geltenden Grundsätzen für zweiberufliche Tätigkeiten ausüben (unvereinbare Tätigkeiten gemäß § 7 Nummer 8, § 14 Absatz 2 Nummer 8 BRAO).
8. Für alle Fälle der Anstellung (Nummern 2 und 3) wird geregelt, dass die **anwaltliche Unabhängigkeit durch das Weisungsrecht des Arbeitgebers nicht beeinträchtigt werden darf**.
9. Mit dem **Zulassungsantrag** des Syndikusanwalts muss der Anstellungsvertrag vorgelegt werden, aus dem sich ergeben muss, dass die anwaltliche Unabhängigkeit gewährleistet ist (Nummer 8). Die Zulassung als Syndikusanwalt wird **im Rechtsanwaltsverzeichnis erfasst**.
10. Ein **gerichtliches Vertretungsverbot** soll **künftig** für die **Tätigkeit des Rechtsanwalts im Rahmen des Syndikus-Anstellungsverhältnisses** gelten, soweit in zivil- und arbeitsrechtlichen Verfahren ein Anwaltszwang besteht. Das Vertretungsverbot innerhalb des Anstellungsverhältnisses ist in diesen Fällen erforderlich, um ein Ungleichgewicht zwischen den Prozessparteien zu verhindern: Denn ein solches träte ein, wenn eine Einzelperson oder kleine und mittlere Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilung einen Rechtsanwalt bezahlen müssten, für den zudem noch die Mindestgebührenregelungen des RVG (Unterschreitungsverbot) gelten würden, während große Unternehmen sich durch den eigenen Syndikus vertreten lassen und so ihr Kostenrisiko verringern könnten.

Dagegen soll sich die **faktische Lage in zivil- und arbeitsrechtlichen Verfahren ohne Anwaltszwang nicht ändern**. Bereits heute können Unternehmensmitarbeiter ihren Arbeitgeber als sonstige Vertreter in diesen Verfahren vertreten. Künftig können sie diese Vertretung als Syndikusanwälte vornehmen.

Generell soll künftig zudem die **Vertretung** des Arbeitgebers durch Syndikusanwälte **in verwaltungs-, finanz- und sozialgerichtlichen Verfahren zulässig sein**. Die in zivil- und arbeitsgerichtlichen Verfahren vorgenommene Differenzierung zwischen Verfahren mit und ohne Anwaltszwang kann hier nicht vorgenommen werden. Auch in Verfahren,

in denen Anwaltszwang besteht, können sich Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts durch eigene Beschäftigte vertreten lassen, so dass kein Ungleichgewicht zwischen den Prozessparteien entstehen kann.

Das RVG soll für diesen Fall nicht anwendbar sein, weil es auf die selbständige Tätigkeit eines niedergelassenen Rechtsanwalts abstellt, der Syndikusanwalt dagegen für seine Tätigkeit im Rahmen des Anstellungsverhältnisses bezahlt wird.

11. Für die **Verteidigung in Straf- und Bußgeldverfahren**, die gegen seinen Arbeitgeber oder Mitarbeiter des Unternehmens in Unternehmensangelegenheiten geführt werden, soll für den Syndikusanwalt ein **generelles Vertretungsverbot** gelten (auch soweit der Syndikusanwalt als niedergelassener Rechtsanwalt tätig wird). In Angelegenheiten des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts ist das Vertretungsverbot als Verteidiger des Arbeitgebers im Hinblick auf § 53 Absatz 1 Nummer 2, § 97 Absätze 1 bis 3, § 100c Absatz 6 und § 160a StPO und das Gebot der effektiven Strafverfolgung geboten (insbesondere in Anbetracht der unter Nummer 13 dargelegten Gefahr der „Verschiebung“ von Beweismitteln). Das Verbot der Verteidigung auch von Mitarbeitern des Unternehmens in Unternehmensangelegenheiten ist im Hinblick auf §§ 30, 130 OWiG erforderlich, da hiernach von Mitarbeitern begangene unternehmensbezogene Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten zugleich den Vorwurf einer Ordnungswidrigkeit gegen das Unternehmen bzw. dessen Inhaber begründen können.
12. Für die **Berufspflichten** des Syndikusanwalts gelten die allgemeinen Regelungen (insbesondere Unabhängigkeit, Verschwiegenheit, Verbot der Vertretung widerstrebender Interessen, Berufshaftpflichtversicherung, Handakten, Fachanwaltschaft). Bereichsspezifische Konkretisierungen kann die Satzungsversammlung bei der BRAK durch Satzung in der Berufsordnung treffen kann.
13. Für Syndikusanwälte soll eine Geltung der in § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 (Zeugnisverweigerungsrecht), § 97 Absätze 1 bis 3 (Beschlagnahmeverbot), § 100c Absatz 6 (Verbot der Wohnraumüberwachung) und § 160a (Einschränkung von Ermittlungsmaßnahmen) StPO für das **Strafprozessrecht geregelten Anwaltsprivilegien**, die gegen einen als Zeugen in Betracht kommenden Rechtsanwalt gerichtete strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen erschweren oder diesen entgegenstehen, **ausgeschlossen** werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt das verfassungsrechtliche Gebot einer effektiven Strafverfolgung hervorgehoben, das Interesse an einer möglichst vollständigen Wahrheitsermittlung im Strafverfahren betont und die wirksame Aufklärung gerade schwerer Straftaten als einen wesentlichen Auftrag eines rechtsstaatlichen Gemeinwesens bezeichnet. Die durch Strafverfolgungsmaßnahmen bezweckte Aufklärung von Straftaten und ihr Beitrag zur Durchsetzung der Strafgesetze können durch Zeugnisverweigerungsrechte oder vergleichbare verfahrensrechtliche Beschränkungen der Strafverfolgung empfindlich berührt werden (u. a. BVerfG v. 12. Oktober 2011 – 2 BvR 236/08 u. a.- Rn. 249).

Eine Einbeziehung der Syndikusanwälte in den Anwendungsbereich der §§ 97 und 160a StPO würde die Gefahr hervorrufen, dass Unternehmen Beweismittel zum Syndikusanwalt verschieben könnten, um sie dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden zu entziehen.

Schließlich muss die von den Ermittlungsbehörden vorzunehmende Bewertung des Vorliegens eines Beweiserhebungsverbots anhand äußerlich einfach feststellbarer Kriterien (niedergelassene Tätigkeit gegenüber Beschäftigungsverhältnis) möglich sein. Eine Unterscheidung der Tätigkeit des Syndikusanwalts für das Unternehmen zwischen "Rechtsberatung" und "sonstiger geschäftliche Beratung" stellte kein Kriterium dieser Art dar.